

Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlag: Bocholt.
Postverlag: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 348

Mittwoch, den 16. Dezember 1936

Jahrgang 1936

Neue Devisenamnestie.

Die letzte Gelegenheit für Gewährung von Straffreiheit bei Zuwiderhandlungen gegen die Devisengesetze.

Anbietungsfrist bis zum
31. Januar 1937.

DNB Berlin, 15. Dezember.

Die Deutschland durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaft und der Weltwährungen ausgenützte Devisenbewirtschaftung hat zu einer Reihe von Devisenverordnungen geführt, in denen jeweils Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen enthalten sind. Diese Strafbestimmungen haben ihren Zweck nicht voll erfüllt. Es ist bekannt, daß gewissenlose Elemente immer wieder versucht haben, Lücken in der Devisen-gesetzgebung auszunutzen und ihr Geld ins Ausland zu verbringen.

Um diesem Treiben endgültig einen Riegel vorzuschieben, ist kürzlich das Gesetz zur Änderung der Devisengesetze beschlossen worden, das die in den Devisenbestimmungen noch verbliebenen Lücken geschlossen hat. Gleichzeitig wurde das Gesetz über Wirtschaftssabotage verabschiedet, das bei Kapitalflüchtigkeiten in schweren Fällen sogar die Todesstrafe vorsieht.

Damit ist für jedermann klar gestellt, daß das nationalsozialistische Deutschland nicht gewillt ist, das weitere Treiben gemeingefährlicher Wirtschaftsverbrecher mit anzusehen. Wer Wirtschaftssabotage begeht, der wird wie der Landesverräter bestraft.

Bevor aber die volle Schwere des Gesetzes zur Anwendung kommt, soll denjenigen, die sich wieder in die Front der ausländischen Deutschen einreihen wollen, noch einmal Gelegenheit gegeben werden, sich zu bessern und ihren devisenrechtlichen Pflichten nachzukommen, ohne die Strafe befrachten zu müssen. Deshalb hat auf Vorschlag des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, die Reichsregierung ein Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwiderhandlungen vom 15. Dezember 1936 erlassen. Es sieht vor, daß derjenige, der seine bisher unter Verletzung der Devisengesetze nicht angebotenen Vermögenswerte, gleichviel ob sie sich im Inland oder Ausland befinden, bis zum 31. Januar 1937 der Reichsbank (unmittelbar oder durch Vermittlung einer Devisenbank) anbietet, der Befreiung aus dem Gesetz gegen Wirtschaftssabotage nicht verfallt und Straffreiheit für alle Strafen erlangt, die er bereits durch die Verletzung der Devisenverordnungen und mit ihr zusammenhängenden Taten verwirkt hat. Die Einzelheiten sind in den Durchführungsbestimmungen geregelt, die gleichzeitig erlassen werden.

Sehrmann, der die letzte Gelegenheit, tätige Reue zu üben und sich wieder in die Volksgemeinschaft einzureihen ungenutzt vorbeigehen läßt, muß sich darüber klar sein, daß weitere Schonung nicht geübt wird, und gegen ihn die schweren Strafen, die die geltenden Gesetze androhen, zur Anwendung kommen.

Preisbildung und Preisüberwachung

Die Wahrnehmung der Befugnisse des Reichskommissars für die Preisbildung.

DNB Berlin, 15. Dezember.

Der Reichskommissar für die Preisbildung ist kraft seiner Befugnisse nach dem 14. 12. 36 eine erste Anordnung über die Wahrnehmung seiner Aufgaben und Befugnisse. Die auf die Überleitungsverordnung gegründeten Vorschriften enthalten organisatorische und verfahrensmäßige Bestimmungen. Es wird in ihnen unter anderem zwischen dem Recht der Preisbildung und der Preisüberwachung einschließlich der bei Maßnahmen der Preisüberwachung gegebenen Strafverfahren.

Die Preisbildung nimmt grundsätzlich der Reichskommissar für die Preisbildung selbst vor, bei der Festlegung der Höchstpreise immer. Handelt es sich um Preise mit räumlich begrenzter Auswirkung, dann sind für ihre Bildung in Kreisen die Oberpräsidenten und in den übrigen Ländern die obersten Landesbehörden zuständig. Die im Staatsoberhaupt gesetzte Preisermittlung erfolgt nach den Vorschriften dieses Gesetzes. Preisüberwachungsstellen in Kreisen und Banern sind die Regierungspräsidenten, in Sachsen die Kreishauptleute, in Hamburg das Amt für Wirtschaft, in allen übrigen Ländern die obersten Landesbehörden. Sie können Ordnungsstrafen verhängen, Geldstrafen, Strafantrag stellen und hierbei Verhandlungen vor dem Sondergericht bei schweren Zuwiderhandlungen beantragen. Ihre Befugnisse können sie auf die ihnen nachgeordneten unteren Verwaltungsbehörden weiter übertragen, soweit die festzusetzende Ordnungsstrafe Reichsmark 500.— nicht übersteigt und Strafantrag vor dem ordentlichen Gericht zu stellen ist. Neben der Befugnis zur Geschäftsschließung auf Grund

von Preisübertretungen bleiben die Maßnahmen aus der Verordnung über Handelsbeschränkungen sachlich und verfahrensrechtlich unberührt. Die Entscheidung über das Rechtsmittel in Ordnungsstrafen und Geschäftsschließungen ist in die Hand der Preisbildungsstellen gelegt. Nur bei Zuwiderhandlungen gegen die Preisregelung des Staatsoberhauptes, der Leder- und Silberverordnungen und der Verordnungen für unedle Metalle

und ausländische Waren ist der Reichskommissar für die Preisbildung beschwerdebefähigt. Nur er entscheidet auch, ob bei Zuwiderhandlungen gegen Preisvorschriften ein Tätigkeitsverbot verhängt wird, das in seinen Auswirkungen der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Verursachers gleichkommt. Wegen Mißwirtschaften auf die Produktion hat er sich auch das Recht der Betriebschließung bei Erzeugerbetrieben vorbehalten.

Tschiangkaischek noch in der Hand der Verschwörer.

Unterhandlungen über seine Freilassung. - Konferenz bei Stalin: Weitere Verstärkung der sowjetrussischen Streitkräfte im Fernen Osten.

Im Hauptquartier Tschanghsuehliangs.

O Nanking, 15. Dezember.

Der britische Berater des Marschalls Tschiangkaischek, der zu Unterhandlungen über die Freilassung des Chefs der Nankingregierung nach Sianfu geflogen war, ist am Dienstag nach Sianfu zurückgekehrt und hat von dort aus der britischen Tschiangkaischek-Telephonie mitgeteilt, daß Marschall Tschiangkaischek im Hauptquartier Tschanghsuehliangs, des „Befreiungskommissars“ von Schen si weite. Er habe selbst zwei persönliche Unterredungen mit ihm geführt. Der Marschall sei gesund und zufrieden.

In Nanking ist man auf Grund dieser Mitteilung wieder etwas optimistischer geworden und hofft, daß



Karte zu den Vorgängen in China. (Schertl-M.)

die Möglichkeiten für die Freilassung Tschiangkaischeks noch nicht erschöpft sind. Frau Tschiangkaischek soll beabsichtigen, nach Sianfu und wenn möglich sogar nach Sianfu zu reisen.

Der Vormarsch der Regierungstruppen.

DNB Schanghai, 15. Dezember.

Vortrupps der Regierungstruppen, die unter Anführung des Generals Fangungssun vor Sianfu angetreten haben, fanden am Dienstagmorgen etwa 25 Kilometer vor Sianfu, wo Tschanghsuehliang gemeinsam mit den Kommunisten sein Hauptquartier eingerichtet hat. Der General soll mitgeteilt haben, daß bisher noch keine Anzeichen dafür vorhanden seien, daß es innerhalb der Stadt zu Kämpfen gekommen sei. Auf ihrem Vormarsch seien die Regierungstruppen auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen.

Meldungen aus Nanking besagen, daß man mit dem Eintreffen der Regierungstruppen vor Sianfu am Dienstagabend rechnen. Bevor das Militär angreifen würde, werde nochmals ein Versuch unternommen werden, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Von zahlreichen Ergebnissenberichten, die die Nankingregierung erhielt, darf als wichtigste die Zusage von fast sämtlichen Militärführern bezeichnet werden, sich hinter die Regierung zu stellen und ihr die Treue zu halten. Nach Auffassung der politischen Kreise ist damit die Nankingregierung der Zentralregierungstruppen sicher. Beachtenswert ist auch die Treueverpflichtung der beiden bei den Vorgängen in Südwest-China bekanntgewordenen Kwangsi-Generale Litunjen und Peichungsi und des Gouverneurs von Szechuan.

Die Verschwörung seit langem vorbereitet.

Die Rolle des Kommunisten Li Tientsai.

DNB Peking, 15. Dezember.

Einem neuen Funkpruch aus dem Lager Tschanghsuehliang ist zu entnehmen, daß die Meuterei ihre feindliche Einstellung gegen die Nanking Zentralregierung verhängt hat. In diesem Funkpruch wird u. a. mitgeteilt, daß in Sianfu ein Zentralbüro der kommunistischen Partei Chinas eingerichtet worden sei. In Peking seien politische Kreise, die in dieser Lage die den Einfluss spüren können, den der Chef der Geheimen Kanzlei des Marschalls Tschiangkaischek, Li Tientsai, hinter den Kulissen auf die Angelegenheit hat.

Li Tientsai, der, wie er sich früher nannte, Li Bohai, war zu gleicher Zeit Mitglied der Peking-ger Kuomintang-Organisation und der kommunistischen Partei. In Peking bezeichnet man nicht, daß er sich schon seit Jahren aktiv im kommunistischen Aufbruch betätigt hat und daß die Meuterei schon im Juni durchgeführt werden sollte. Nur der Zusammenbruch gleichgerichteter Unternehmungen in den Südprowinzen Kwangtung und Kwangsi hat die Meuterei verschoben. Seit dem Scheitern des Vorhabens im Süden sind zahlreiche Personen, die der Meuterei hätten gefährlich werden können, inhaftiert worden, um sie zu gegebener Zeit wieder freizulassen. Der am 25. Oktober ermordete Gouverneur der Provinz Szechuan, der den Vertrauten Tschiangkaischeks gehörte, hat, ist zweifellos das Opfer derjenigen Kreise geworden, die die Meuterei vorbereitet haben.

Japan in Bereitschaft.

Vor einem Protest in Moskau. - Tschanghsuehliang fordert den Kommunismus.

DNB Tokio, 15. Dezember.

Außenminister Arita berichtete am Dienstag dem Kabinett und erklärte dabei, daß die Lage zurzeit noch nicht ganz klar zu übersehen sei. Japan müsse jedenfalls in Bereitschaft sein.

Ähnliche Erklärungen wurden in Sianfu, in Tientsin und in Tokio erteilt. Außenminister Aritas Bericht ist zu entnehmen, daß die japanische Regierung sich noch nicht ganz klar darüber ist, wie weit Tschanghsuehliang unter dem Einfluss kommunistischer gerichteter Kreise in Sianfu handelt. Der Kampf spiele sich nunmehr zwischen kommunistischer, antijapanischer und der antikommunistischen Gruppe innerhalb der Kuomintang ab. - Ministerpräsident Hirota wurde vom Kaiser in Audienz empfangen und gab einen umfassenden Bericht über die Geschehnisse der letzten Tage.

Domei gibt bekannt, daß das japanische Auswärtige Amt in Moskau dagegen protestieren wird, daß die amtliche sowjetrussische Telegraphenagentur Verhandlungen des japanischen Botschafters in Moskau, Schigemitsu, mit Litwinow-Finkelstein unrichtig und in der Tendenz gegen Japan gerichtet veröffentlicht hat. Dies ist ein ähnlicher Vertrauensbruch, wie er früher durch den sowjetischen Botschafter in Tokio, Litwinow, begangen worden ist, der vertrauliche Mitteilungen des Außenministers Arita über das deutsch-japanische Abkommen durch die sowjetrussische Telegraphenagentur veröffentlichte.

In Nanking sollen jetzt weitere Forderungen Tschanghsuehliangs bekannt geworden sein, die die Umgestaltung der Regierung auf kommunistischer Grundlage (1) eine Reform der Kuomintang, Freilassung politischer Gefangener, Pressefreiheit und strenge Einhaltung des Testaments Sunjatsens verlangen.

Moskaus Truppenstärke in Fernost.

Zehn Divisionen und 600 Flugzeuge.

London, 15. Dezember.

Die Londoner Blätter berichten ausführlich über die Ereignisse in China. In den Berichten kommt u. a. zum Ausdruck, daß die Hauptrolle der Nanking Regierung die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zwischen den aufständischen Streitkräften und der chinesischen roten (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Der Platz der Monarchie.

Von
unserem Londoner Korrespondenten.

F.L. London, im Dezember.

König Georg V. hatte das Ideal eines englischen Monarchen für seine Zeit nicht nur verkörpert, sondern auch selbst geformt. Man wußte, daß dieses Ideal sich in der Geschichte nicht wiederholen konnte. Seine letzten Wochen zu Anfang dieses Jahres stürzten die Nation in das Gefühl eines unersehbaren Verlustes. Schließlich aber fanden sie unter dem einfachsten und unauffälligsten aller Schicksalsgefege. Ein Leben, das sich durch seine beharrliche Mäßigkeit ausgezeichnet hatte, verlief im natürlichen Verlauf der Dinge.

Die Ereignisse, die nun durch den Abschied Eduards VIII. von Thron und Land ihr Ende gefunden haben, sind von anderer Art und Wirkung gewesen. Es hieß sie verfeinern, wollte man meinen, der Schatten des väterlichen Andenkens sei über den Weg dieses fast brillanten Nachfolgers gefallen. Er war ein Freund einer neuen, für das jüngere England folgenreichen Sachlichkeit und Liebe es, alle Wege von Mensch zu Mensch abzukürzen; ihm, dem ewigen Prinzen von Wales und dem König der Benachteiligten, wurden nichts als Hoffnungen, große Hoffnungen entgegengebracht. Das englische Volk war auf die Krise wahrlich unvorbereitet. Als sie ihm bewußt wurde, gleich sie zuerst einem naturwissenschaftlichen Grenzfall, in dem „eine unüberwindliche Kraft einen unbeweglichen Gegenstand trifft“. Bald zeigte sich dann, daß sie nur noch im Bewußtsein des Königs entschieden werden konnte. Aber von Anfang bis zu Ende blieb sie unberechenbar. Darum war sie so packend, eine Krise im dramatischsten Sinne des Wortes. Daß ihr Gang unaufhaltsam sei, war das Letzte, woran England glauben wollte, und die Lösung, die sich dann aufzwang, erschien ihm noch wenige Tage später als eine unannehmliche von oben. Voraus ergaben sich die tagelangen Unsicherheiten im Benehmen des englischen Volkes, die vorübergehenden Reize des Auseinanderstrebens in seinem politischen Gefüge, das zweifellos die Krise auch in sich selbst durchgemacht und ausgelassen hat. So war also diese Erschütterung grundverderblich von derjenigen, die den vorigen Thronwechsel begleitet hatte, und mer hätte leugnen wollen, daß der Unterschied beunruhigend war?

Es ist zunächst der Formreichtum des englischen öffentlichen Lebens, der ihn wohlthätig wiederherstellt. Die Zeremonien eines neuen Regierungsbeginns, die Heroldsumzüge, Fanfarenzüge und normannischen Spruchformeln, das Hinfertreten nach einem günstigen Ausblick, womöglich nach dem Profil des königlichen Nachfolgers im Rahmen seines Wagnersfensters, - dies alles spielt sich nun buchstäblich getreu binnen weniger als Jahrzehnte zum zweiten Mal ab. Was sich geändert hat, ist nur, daß ein jugendlich strahlendes Muttergott und zwei blonde Kinderköpfe vom Rande des Bildes in seinen Mittelpunkt gerückt sind. Aber dem Ganzen schlägt dieselbe Loyalität in gleich hohen Wogen auf. Nicht einmal der kommende Krönungstag ist hinausgeschoben worden, und die Berge von Tschingtschtern, Kränzen und anderen Krönungsandenken mit dem verklärten Bildnis Eduards VIII., auf denen die Fabrikanten saßen und angestrichen das Ende der Krise abwarteten, schmelzen nun unter der Nachfrage nach Kränzen und Tschingtschtern zusammen. Die Kontinuität ist fürwahr von Blinden zu fühlen.

Zwischen den zwei Charaktertypen, die das englische Herrscherhaus seit der Heirat Viktorias mit Albert von Preußen hervorbringt, vertritt Georg VI. nach der Seite seines Vaters auszuweichen. England steht einer Regierungszeit der Barock, Sorgfalt, Ausdauer und des einfachen Geschmacks entgegen. Von der königlichen Familie, so erwartet man, werden wieder konservativere Einflüsse ausgehen. Die Freunde am Neuen, die Eduards VIII. zweite Natur war, wird sich bedächtiger ausbreiten. Was geschehen ist, bedeutet in mancher Hinsicht einen Triumph mittelständischer Denke und Lebensweise. Es wird möglicherweise auch noch im Bild der „Londoner großen Gesellschaft“ einige Wege verändern, denen die „Times“ bereits den entwerfenden Stempel des „Erosion“ aufgedrückt hat. Dies alles hat in der Tat eine fast verblüffende Ähnlichkeit mit der gedämpften Stimmung, die vor sechsundzwanzig Jahren den Regierungsantritt Georgs V. umgab.

Es ist aber kein leeres Wort, wenn man heute nicht von Schwächung, sondern von Festigung der Monarchie spricht. Was vor vierzehn Tagen als englische Verfassungsreform bezeichnet wurde, ist nicht zum Ausdruck gekommen oder hat sich in einem persönlichen Bereich abgespielt, den der parlamentarische Rechenstiftbereich eines Premierministers nicht berührt. Die Engländer sind bekannt dafür, daß sie ihre Verfassung nicht auswendig wissen. Wir denken bei diesem Satz nicht einmal an ein im Omnibus überhört Gespräch zweier zeitungslesenden Stenotypisten, das in diesen bewegten Tagen von der „Times“ - ein wenig gehässig - verewigt wurde: „Weißt du,

was das Wort „Konstitution“ bedeutet, „Wohlfahrt“ — „Nun, ich wollte dich auch fragen.“ Die Wahrheit ist, daß auch die glänzenden Politiker Englands ihre Verfassung nicht so sehr kennen als erleben. In großen Augenblicken geht dann freilich das Erlebnis tiefer als alle Kenntnis. Die Politiker haben in der Krise nicht ohne Schrecken das nackte Gesicht ihres Staatswesens erblickt, die unvergessliche Reife gleichsam, die seit 280 Jahren fast nur noch von den Theoretikern durchforstet wurde. Was sie sahen, war vor allem die Reife der Volkstümlichkeit Eduard VIII. Wäre es einem Politiker erlaubt worden, sie zu seiner „Plattform“ zu machen, so hätte nur schrankenlose Demagogie daraus hervorgehen können. Das Wiedererleben einer Königsparade, ein solcher Akt von unten bis oben durchs Volk, Parlament und Königshaus, hätte in der Tat eine Staatskrise bedeutet.

Es ist klar, daß niemand dieser Gefahr wirksamer vorbeugt als Eduard VIII. selbst, der sich von Beginn der öffentlichen Krise an auf Fort Belvedere im Großen Park von Windsor unsichtbar machte. Seine Tat reichte weiter als die Einsicht der Politiker, die ein paar Tage lang als die Beschützer des Königs über des Volkes vor Baldwin gestanden. Sie reichte weiter als die Selbstlosigkeit oder Strategie Winston Churchills, dem sein Veto gegen den unüberwindlichen Ablauf der Ereignisse dauernden Schaden eintrugen dürfte. Dieser Spitz hat sich, wie gesagt, nach ein paar Tagen in der großen Beleuchtung aufgelöst, in der plötzlich alle Beteiligten die „Reife“ sahen. Das Verständnis des englischen Staatsaufbaus erfordert eine unfehlbare Betrachtungsweise: Das Parlament und das Kabinett stehen zwischen dem Volk und dem König, und diese drei oder vier Elemente lassen sich um den Preis des Ganzen politisch durcheinander werfen. Die Stärke des Parlaments wird in der heutigen Ordnung der Dinge allenfalls durch die Stärke des Premierministers Stanley Baldwin übertrifft. Aber die Kraft, die diesen beiden aus dem Erleben der verfassungsmäßigen Zusammenhänge in einem Anknüpfungspunkt, den Berggipfeln erwachsen, ist, dieselbe Kraft ist auch der Monarchie zugute gekommen. Ihr Platz ist nun genau bekannt, aber sie fällt ihn auch genau aus.

Kozma vom Führer empfangen.

DNB Berlin, 15. Dezember.

Der Führer und Reichskanzler empfing am Dienstag den ungarischen Innenminister von Kozma zu einer einseitigen, freundschaftlichen Aussprache über schwedische politische Fragen. An der Aussprache nahmen teil: Der ungarische Botschafter in Berlin, Feldmarschall-Deputierter Stojan, Reichsminister des Innern Dr. Fridl, sowie die Staatssekretäre Dr. Weisner und Dr. Kammerer. Anschließend an die Aussprache stellte Minister von Kozma dem Führer seine Mitarbeiter und Begleiter, Staatssekretär Dr. Jozan, Sektionschef Boor und Sekretär Rando-Melocco, vor.

Frankreichs Standpunkt in dem Streit um Alexandrette.

Mit der Entsendung neutraler Beobachter einverstanden.

DNB Genf, 15. Dezember.

Im Völkerbundsrat hat Unterstaatssekretär Bissot am Dienstagmittag den französischen Standpunkt in dem Streit um Alexandrette und Antiochia dargelegt. Er erklärte, Frankreich habe in dieser Sache kein eigenes Interesse, sondern vertritt nur die Interessen des Völkerbundes. Das kritische Gebiet sei seinerzeit mit dem übrigen Syrien Frankreich als Mandatsgebiet zugeteilt worden.

Die Verpflichtungen, die Frankreich in dem französischen-türkischen Abkommen von 1921 hinsichtlich der Verwaltungsgewalt über den Südbosporus übernommen habe, würden durch den Vertrag von Alexandrette und Antiochia unberührt bleiben. Frankreich betrachte sich nicht als zuständig für Verhandlungen, die den Rahmen des Abkommens von 1921 und die Bestimmungen des Mandats überschreiten würden.

Überdies gelte es die Einheit Syriens zu wahren, deren Befreiung durch den französischen Völkerbundvertrag in der ganzen arabischen Welt freudige Zustimmung gefunden habe.

Indem er auf die Forderung des türkischen Außenministers nach einer einseitigen Wahrung der Neutralität einging, erklärte der französische Vertreter, daß seine Regierung mit der Entsendung neutraler Beobachter in das kritische Gebiet und an die türkisch-syrische Grenze einverstanden sei. Frankreich könne jedoch nicht Maßnahmen zulassen, die eine teilweise Aufhebung des Mandats und eine Vorgehensweise der endgültigen Lösung bedeuten würden.

Der türkische Außenminister behielt sich daraufhin vor, die rechtliche und politische Seite der Angelegenheit zu prüfen und auszusprechen zu erklären. Er sei mit dem französischen Vertreter darin einer Meinung, daß im Augenblick nur die einseitigen Maßnahmen erörtert werden sollen. Hierüber wird der schwedische Außenminister als Berichterstatter dem Rat Vorschläge unterbreiten.

Arabische Propaganda gegen England.

DNB London, 15. Dezember.

Der Führer der arabischen Aufständischen in Palästina, Hajj Agha, der nach der Beilegung des Generalstreiks nach dem Rat flüchtete, entsetzte dort, wie der „Daily Telegraph“ meldet, eine heftige Propaganda gegen Palästina. Fast täglich halte er in Bagdad aufsteigende Reden, in denen er erklärte, daß die Engländer aus dem mittleren Osten vertrieben werden müßten; er verurteilte, eine Armee aufzustellen, die nach seinen eigenen Worten die Aufgabe haben solle, die Engländer ins Meer zu treiben.

Der Korrespondent des Blattes in Bagdad stellt fest, daß die Propaganda Hajj Aghas angeht, der in Bagdad herrschenden politischen Lage eine ernste Gefahr sei, umso mehr, als die Rundgebungen von vielen arabischen Wüstenfürsten unterstützt würden. In seinen Reden schilderte Hajj Agha keine Kräfte in Palästina und brüllte sich damit, Dundernde von britische Soldaten niederzugeschlagen zu haben. Der ganze Agha glaubte, daß Hajj die britische Armee geschlagen habe. Wie der Korrespondent weiter meldet, wird gleichzeitig in den Moscheen des Irak eine intensive Propaganda zur Vertreibung der Juden aus Palästina veranstaltet.

Aus dem „Observatore Romano“ geht hervor, daß die päpstliche Erklärung des Papstes mit einer Verurteilung der arabischen Wüstenfürsten übereinstimmt. Der Papst hat dem Volk weitere Ruhe und Schonung bei den Verhandlungen geraten.

Die Roten in Madrid fordern dringend Lebensmittellieferungen.

Sie rechnen mit einer Umzingelung der Hauptstadt.

DNB Salamanca, 15. Dezember.

Die in Madrid erscheinende Bolschewistengazette „KBC“ und die Madrider bolschewistischen Sender verbreiteten am Sonntag an die Bevölkerung und an die Nachbarn der von den Bolschewisten besetzten Gebiete Aufrufe, in denen dringend Lebensmittellieferungen angefordert wurden. In den Aufrufen heißt es, daß sich nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln immer schwieriger gestaltet, sondern daß man auch die Möglichkeit einer Umzingelung Madrids bedenken müsse, in welchem Falle alle Verbindungen nach außen abgeschnitten wären.

Weiterer Vorort von Madrid besetzt.

DNB Madrid, 15. November.

In seiner Abendansprache teilte General Quiroga de Alano am Montagabend über den Sender Sevilla mit, daß die nationalistischen Truppen an der Front vor Madrid den Vorort Boadilla del Monte nach schwerem Kampf besetzt hätten, wobei ihnen große Mengen von Kriegsmaterial in die Hände gefallen seien. Die Bolschewisten hätten 42 Tote zu verzeichnen. Aus But über ihren Mißerfolg hätten die Bolschewisten darauf den Wallfahrtsort Bergin de la Cabeza bombardiert, wo sich eine große Zahl von Frauen und Kindern, die dort Schutz gesucht hätten, befand.

Völkerbund im Bombenflugzeug.

DNB Salamanca, 15. Dezember.

An der Madrider Front wurde am Montag ein Bombenflugzeug der Roten von den nationalen Streitkräften abgeschossen. Die Besatzung des abgeschossenen Bombenflugzeuges bestand aus

einem Franzosen, einem Engländer, einem Sowjetrussen und einem Spanier.

Die Bevölkerung weigert sich, für die Roten zu kämpfen.

Abgesandte des roten „Rekrutierungsbüros“ erschossen.

DNB Salamanca, 15. Dezember.

Der nationale Rundfunkberichter, daß dieser Tage Abgesandte des Madrider Verteidigungsausschusses und Anhänger der roten Front in der Gegend von Boadilla del Monte für die Madrider Front preisgegeben worden. Die Bevölkerung, vor allem aber die Frauen des Ortes, geriet darüber in große Erregung und erklärte, daß sie nicht daran dachte, sich zum „Schlachthof Madrid“ treiben zu lassen. Es kam sogar zu einem regelrechten Aufruhr, an dem sich auch die kommunistische Bevölkerung der Umgebung beteiligte. Die Bevölkerung beschloß schließlich, die Madrider Abgesandten und den kommunistischen Ausschuss, der die Stelle des Gemeinderates vertrat, zu verhaften. Madrids Sendlinge und die Angehörigen des kommunistischen Ausschusses wurden dann erschossen.

Frankreichs Kriegsmaterialschmuggel.

(1) Paris, 15. Dezember.

Vor einigen Tagen hatte der norwegische Dampfer „Linghaug“ in Marseille 12 Munitionslasterwagen an Bord genommen, die angeblich für Mexiko bestimmt waren. Jetzt wird dem „Linghaug“ aus Sicht gemeldet, daß der Dampfer „Linghaug“ sein Kriegsmaterial im vorigen Hafen auf einen spanischen Dampfer umgeladen hat, der es nach Spanien bringen soll.

Organisierter Menschen schmuggel von der Tschechoslowakei in das rote Spanien.

Geheime kommunistische Werbebüros

DNB Prag, 15. Dezember.

Erst vor kurzem meldete ein tschechoslowakisches oppositionelles Abendblatt, Abgeordneter Gottwald, der Hauptagent der Komintern in der Tschechoslowakei, habe auf einer Vertrauensmännerversammlung erklärt, daß bisher etwa 1000 tschechoslowakische Staatsangehörige in der roten Miliz in Spanien dienten und daß in der Werbung weiterer Freiwilliger für die „Internationale Brigade“ Caballeros fortgeschritten werden müßte.

Diese Enthüllungen des tschechoslowakischen Blattes, daß die kommunistische Zentrale in Prag tschechoslowakische Staatsbürger anwerben, in fremde Dienste einzutreten, finden nunmehr ihre Bestätigung.

Der Nachrichtenabteilung der Prager Polizeidirektion wurden in der letzten Zeit zahlreiche Meldungen, vor allem aus Ostböhmen, zugeleitet, daß von dort viele Staatsangehörige die Grenze überschritten. Die Gendarmen-Verbindungsstelle in Königgrätz nahm darauf sofort eingehende Ermittlungen auf, auf Grund derer festgestellt wurde, daß das Ziel dieser Auswanderer Spanien, und zwar Barcelona und Valencia sind.

Einer Meldung des „Deker“ zufolge gelang es der Nachrichtenabteilung, sechs Personen festzunehmen. Bei ihrem Verhör stellte sich heraus, daß sie vom Werbebüro Prag-Carolinental, wo sich die Zentrale der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei und auch der Sitz des kommunistischen Blattes „Kube Bravo“ befinden, für Spanien angeworben worden waren.

Auf Grund dieser Feststellungen der Nachrichtenabteilung der Prager Polizeidirektion wurde in Gegenwart von Gendarmen in Prag-Carolinental eine Hausdurchsuchung vorgenommen. In den Parteisekretariatsräumen wurde zahlreiche belastendes Material beschlagnahmt, das klar und deutlich den Beweis liefert, daß die Prager Zentrale der kommunistischen Partei ein geheimes Werbebüro für die spanischen roten Fronten unterhält. (1)

Das Material ist, wie der „Deker“ berichtet, so eindeutig, daß es die Grundlagen für eine Anklage wegen des Verbrechens nach dem tschechoslowakischen Republik-Schutzgesetz bildet.

Bei der Hausdurchsuchung trafen die Beamten fünf tschechoslowakische Staatsangehörige an, die sich als Kommunisten ausweisen, ihre Unwesenheit in den Räumen der kommunistischen Zentrale aber nicht genügend erklären konnten. Da der Verdacht besteht, daß sie sich für Caballeros rote Fronten anwerben lassen wollten, wurden sie in die Nachrichtenabteilung der Polizeidirektion zur Vernehmung gebracht.

Die Sicherheitsorgane haben auf Grund dieser Vorgänge ihr Augenmerk ganz besonders auf diese geheimen Werbebüros gerichtet und eine großzügige Fahndung über das ganze Land angeordnet. Es ist damit zu rechnen, daß noch mehr solcher Staatsfeindlicher, kommunistischer Netze aufgedeckt werden.

Ueber 3000 belgische Freiwillige.

Munitionstransport beschlagnahmt.

DNB Brüssel, 15. Dezember.

Der Bericht, den der Justizminister Roesse im letzten Ministerrat über die Ergebnisse der Untersuchungen de-

Fortschritte auf der Panamerikanischen Konferenz.

Präsident Roosevelt wieder daheim.

§ Washington, 15. Dezember.

Präsident Roosevelt kehrte am Dienstag nach einer Abwesenheit von fast einem Monat wieder in die Heimat zurück. Seine Anwesenheit auf der Panamerikanischen Friedenskonferenz in Buenos Aires dürfte, wie man hier allgemein erwartet, zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen Nationen auf allen Gebieten führen.

Staatssekretär Hull ist zur Zeit damit beschäftigt, diese Ziele in vertragsmäßige Formen zu gießen. Nach

den aus Buenos Aires eintreffenden Nachrichten scheint man sich in den meisten Punkten auf gemeinsame Forderungen zu einigen, wenn auch die Washingtoner Regierung nicht alle Wünsche durchsetzen konnte.

Einstimmig angenommen wurden von der Konferenz bisher elf Protokolle, das alle Staaten zur Nicht-Eingriffnahme in die Angelegenheiten anderer Staaten verpflichtet, und zweitens ein Abkommen zur Erhaltung des Friedens durch gemeinsame Beratung und Schiedsgericht.

Ein Abkommen zur Angleichung schon bestehender Kriegsverordnungen und insbesondere zur Schaffung einer gemeinsamen Neutralitätspolitik befindet sich im nächsten Abschnitt der Beratung und Beschlußfassung. Weiter auf der Tagesordnung stehen Vorschläge zur Bekämpfung des Handels zwischen den amerikanischen Staaten und zu einem regeren Austausch von Kulturwerten.

Ein Jubiläum Mottas.

DNB Bern, 15. Dezember.

In der Bundesversammlung vom Montag konnte die Schweizerische Landesregierung ein in der Geschichte des Eidgenössischen Bundesrats ein Ereignis feiern, das 25-jährige Amtsjubiläum des derzeitigen Bundesministers, Bundesrat Dr. C. Motta, Vizepräsident des Eidgenössischen Politischen Departements. Der Jubilar wird am 29. Dezember dieses Jahres 65 Jahre alt. Er wird für das Jahr 1937 zum fünften Male Bundespräsident der Schweiz.

Bundesrat Motta wurde am 29. Dezember 1871 in dem am Südausgang des weltbekannten Gotthard-Tunnels gelegenen Tessiner Bergdorf Airolo geboren. Von 1895 bis 1911 wirkte er als Rechtsanwalt und Notar in seinem Heimatort Tessin. Verhältnismäßig jung wurde er 1899 in den Nationalrat abgeordnet, wo er bis zu seiner Wahl in die Bundesregierung blieb. Von 1903 bis 1911 war er der Chef der Tessiner Katholisch-Konservativen Partei. Vor 25 Jahren, am 14. Dezember 1911, wurde er von der Bundesversammlung in den Bundesrat gewählt, dessen Präsident er in den Jahren 1915, 1920, 1927 und 1932 war. Von 1912 bis 1919 fand Motta dem Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement vor, seit 1920 dem Politischen Departement, d. h. den ausserordentlichen Angelegenheiten.

Folgen der Politik Blums.

DNB Paris, 15. Dezember.

Die Preisbewegung und die neuen durch die Regierung der Regierung Blum verursachten Käufe haben im Haushalt der Stadt Paris riesige Verluste herbeigeführt. Der Preis für das Hausbrot lag im Jahr 1935 bei 300 Millionen Franken und nach dem Vorschlag wird er 1937 auf über 800 Millionen Franken steigen bei einem Gesamtausgabenhaushalt von 3,9 Milliarden Franken.

Die Stadtväter haben sich noch nicht entschieden, ob sie diese Verluste durch eine Erhöhung der Verkehrs- und Stromtarife sowie der Gemeindesteuern, durch eine Anleihe oder durch eine Verbindung beider Maßnahmen ausgleichen wollen.

Derschärfung der Streiklage in der Eiler Metallindustrie.

DNB Paris, 15. Dezember.

Trotz aller Schlichtungsversuche, die zum Teil von Innenminister Marj Dornon persönlich geführt wurden, dauert der Streik in der Eiler Metallindustrie weiter und nimmt sogar jeden Tag schärfere Formen an. Am Samstag wurden auf neue Streikposten in allen Fabriken, auch in denjenigen, in denen noch nicht gestreikt wurde, aufgestellt. Wegen dieses Vorgehens haben die Angehörigen der letzten Werke beim Streikessen von Lille Protest eingelegt. Es wurde ihnen versprochen, daß sie in ihrer Arbeitsfreiheit nicht behindert werden sollten. Als sich die Angehörigen jedoch am Montag vor ihren Büros einfanden, wurde ihnen der Zutritt von den Streikposten verweigert. Darauf zogen sie wieder zum Streikessen, der ihnen kein Versprechen wiederholte. Doch auch diesmal blieb es nur beim Versprechen, denn am Nachmittag waren die Büros wiederum von Streikposten besetzt.

In Kreisen der Metallindustrie läßt man die Verluste, die dieser Industriezweig bisher durch den Streik erlitten hat, auf mehrere Millionen Franken. Viele Lieferungsverträge, nicht nur aus Frankreich, sondern auch aus der Tschechoslowakei, England und Belgien, sind bereits annulliert worden. Der tägliche Streik hat außerdem den Arbeitern der betroffenen Industriegebiete einen Lohnausfall von acht Millionen Franken eingebracht.

Frankreich zahlt keine Kriegsschuldenrate.

DNB Washington, 14. Dezember.

Frankreich hat die fällige Kriegsschuldenrate an die Vereinigten Staaten nicht gezahlt. In einer Note an das Staatsdepartement in Washington teilt die französische Regierung mit, daß sie die fällige Rate nicht zahlen könne, und daß es die derzeitige Wirtschaftslage leider auch nicht zulaße, der amerikanischen Regierung einen Vorschlag zur Regelung dieser Schulden zu unterbreiten.

Die italienische Regierung beantwortete die amerikanische Aufforderung, die am 15. Dezember fällige Kriegsschuldenrate zu zahlen, dahin, daß sie sich auch jetzt nicht in der Lage sehe, Zahlungen zu leisten.

Sonjendampfer im Mittelmeer in Brand geraten.

DNB London, 15. Dezember.

Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ist auf der halben Strecke von Cartagena und Algier ein sowjetrussischer Dampfer unbekannter Namens in Brand geraten. Nach dem SOE-Rufen scheint es sich um ein sowjetisches spanisches Kriegsschiff zu handeln. Außerdem wurde von Gibraltar aus ein Bergungsdampfer in See geschickt.

Moskaus Truppenstärke in Fernost.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Armee sei. Die Regierung treffe jetzt Vorbereitungen, um einen Teil zwischen diesen Armeen zu trennen. 30 chinesische Militärflugzeuge hätten am Montag Stanhu überflogen, wo Marshall Tschangtaichai als Gefangenener ist. In Kwantung habe man die Überzeugung, daß wenn es gelänge, einen vorübergehenden Einfluß der Roten zu verhindern, die Freilassung des Ministerpräsidenten ausgetauscht werden könnte.

Der militärische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, Generalmajor Temperley, weilt zu berichten, daß die japanische Armee sich in der Kwantung auf dem Weg befindet, in dem auf die Kwantung die Freilassung der Roten zu verhindern, die Freilassung des Ministerpräsidenten ausgetauscht werden könnte. Der japanische Armeechef hat am Montag eine Auffassung der Armee im Hinblick auf die wachsende Militärmacht Sowjetrußlands und Chinas hingewiesen. Der Mitarbeiter schreibt, daß während Japan vor zwei Jahren noch im Fernen Osten entscheidenden Faktor als Sowjetrußland gemeint sei, sich heute durch die künftige Entfaltung von Verbänden der sowjetrussischen Armee in die Transbaikalia-Region das Bild zugunsten der Sowjetrußen langsam geändert habe. Obwohl die Japaner etwa über 17 Divisionen verfügen, könne nur ein Teil in der Nordmandschurie eingesetzt werden. Generalmajor Temperley glaubt, daß die Sowjetrußen im Fernen Osten 10 Divisionen mit etwa 600 Flugzeugen stehen haben.

In einer Moskauer Meldung des „Daily Telegraph“ heißt es, daß Sowjetrußland die Erleichterung in China mit feierlichem Interesse verfolgte. Der „Daily Telegraph“ schreibt, daß bei der Gefangenennahme des Marshall Tschangtaichai durch meuternde Truppen Stalin seine Hand im Spiel gehabt habe. Nach einer weitläufigen Konferenz im Kreml sei der Oberbefehlshaber der roten Armee im Fernen Osten Marshall Blücher im Flugzeug nach dem militärischen Stützpunkt Chabarowsk gelangt worden. Zwei Generäle der roten Luftflotte seien ihm zur Verstärkung der sowjetrussischen Streitkräfte in Wladiwostok gefolgt.

Sta

Silb

a. Gelsen
Peters sein
Stadtverwaltung
1911 als Unw
eingetreten, ar
der Verwaltung
Steuerabteilung
am 1. 4. 1935

Bürgermeister
Oberbürgermeister
eines Bildes d
Im Namen
stellen überzeu
Jubiläum ein G
halten es sich
weiter in seine
ein Geschenk g
tieren.

Fach 1

a. Diejenige
tionen, denen
räumen an de
sichert worden
der Behnachtsfe
sämtliche Schu
geschlossen wor

Das Dre
gest
a. Das Stad
Donnerstag, dem
kaal des Rathhau
zu erscheinen. N
nach Beginn
wieder geöffnet.

Ausf
a. Der neue
beginnt am 13. i
neuen Kursus vo
morgigen Donner
schen Berufsbesu

Ein gemein
Motorradbesitzer
mehrere Male d
gungen verliert
allerlei Geld kost
mit einem jungen
hört, und man w
att handelt.

Mit Ripp
§ Eine 57-jähr
beim Wachsen so
sch mehrere Ripp
Krankenwagen ins

p. Fahrrad ge
Fahrrad auf der
ist unbekannt.

p. Wer ist St
Nähe des Stadth
auf dem Gasstau
halt gefunden.

Ein Kuns

B

Gemälde

Bekanntlich na
die Kunstmaler
Hilf Reichert
Schlitt im ver
bewahrt teil, den
Nahmen des Geme
verkauft hat u
Künstler aus alle
dieser Wettbewerb
anregend und fruch
stellung der Werte
Mathaus veranlaß
ihnen der Maler
Wien kommt und
Bosch gefolgt

Die Ausstellung
wart des Oberbür
leiters Pfeffer.
Lume und Dör
eröffnet. Anläßlic
Rundgang durch d
legenheit hatte, d
fassungen der Kün
Schon vorweg sei
guten Ueberblick übe
in den verchiedene
Querschnitt durch d
auf eine derartig
eine Künstler gew
ingewandte Gemä
um nun keine Mit
ernte Hingabe viele
verwand, die sich
sicher darbieten.

Von Rudolf
arten seiner Vieh
Eigenart und kün
raten: ein Kusch
tinszug, Volksk
tungen, Räder der
auf Bistich am
Motive, die von
und eigenwilliger
von einem Kunst

